

Russland Im Zusammenspiel mit dem Geheimdienst FSB verfolgt die russische Justiz regierungskritische Personen

Der Geheimdienst verbreitet wieder Angst

Christian Weisflog

«Es ist wie zu Sowjetzeiten: Die Menschen haben Angst vor dem Geheimdienst», erklärt die Menschenrechtlerin Swetlana Gannuschkina mit aufgeregter Stimme. Wenige Tage zuvor wurde ein in seiner Heimat politisch verfolgter Usbeke im Büro ihrer Organisation «Öffentliche Hilfe» von Mitarbeitern des russischen Inlandgeheimdienstes FSB verhaftet. Obwohl sich die russische Generalstaatsanwaltschaft gegen eine Rückschaffung ausgesprochen hatte, beschliesst ein Gericht, Rustam Muminow auszuliefern. Eilig wird der Flüchtling abgeschoben, wenige Stunden bevor der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sein Veto einlegt. Daraufhin wird der Auslieferungsentcheid widerrufen und ein Strafverfahren gegen seine Vollstrecker eröffnet. Doch angeklagt ist nicht der FSB, sondern die Migrationsbehörde.

Muminow ist bei weitem kein Einzelfall. Gannuschkina spricht von einer «antiislamischen Kampagne» des Geheimdienstes. Zu deren Opfern zählen russische Menschenrechtler auch den jungen Tschetschenen Saurbek Talchigow. Nachdem tschetschenische Terroristen 2002 im Moskauer Dubrowka-Theater über 900 Menschen als Geiseln genommen hatten, versuchte Talchigow im Beisein von Geheimdienstmitarbeitern mit den Geiselnehmern zu verhandeln. Der 29-Jährige wurde später als Helfershelfer der Terroristen bezeugt und zu achteinhalb Jahren Lagerhaft verurteilt, obwohl die befragten Zeugen ihn für unschuldig hielten. Die Untersuchungen zur missglückten Befreiungsaktion, bei der rund 130 Geiseln starben, werden dagegen von den Behörden bis heute verschleppt.

Sprengstoff untergeschoben

Im Falle der 21-jährigen Tschetschenin Sara Murtasalijewa spricht die russische Menschenrechtsorganisation «Memorial» von stalinistischen Methoden und einem aus der Luft gegriffenen Prozess. Bei ihrer Verhaftung in Moskau wurde ihr ein Sprengstoffpaket in die Handtasche geschoben. Grund genug, um sie der Vorbereitung eines Selbstmordattentats zu bezichtigen. Die Richterin Marina Komarowa verurteilte Murtasalijewa Anfang 2005 zu einer Freiheitsstrafe von neun Jahren. Komarowa

Mit Präsident Wladimir Putin kam der Geheimdienst in Russland zurück an die Macht. Die Nähe zum Kreml ist deutlich spürbar: Der Föderale Sicherheitsdienst (FSB), dem mit Ausnahme der Auslandspionage die gesamte Infrastruktur der Vorgängerorganisation KGB untersteht, verfolgt zusammen mit der Justiz regierungskritische Personen.



«Die Menschen haben wieder Angst vor dem Geheimdienst»: Die Moskauer «Lubjanka», das frühere Hauptquartier des sowjetischen Geheimdienstes KGB, beherbergt heute einen Teil der Nachfolgeorganisation FSB. (Christian Weisflog)

hatte bereits zuvor in umstrittenen und vom FSB initiierten Prozessen geurteilt. Für Memorial ist der Fall Murtasalijewa ein Paradebeispiel: «Unschuldigen werden Granaten, Patronen oder Heroin untergeschoben. Aus Unfähigkeit, den realen Terrorismus zu bekämpfen, erfinden die Rechtsschutzorgane Straftaten, mit denen sie bei Vorgesetzten und Journalisten Rechenschaft ablegen.» Karriereambitionen spielen eine grosse Rolle, bestätigt die Anwältin Anna Stawizkaja. Sie hatte den Physiker Igor Sutjagin vertreten, der vom FSB der Spionage ver-

dächtigt und 2004 von einem Geschworenengericht wegen Landesverrats zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. «Wer einen Spion fängt, dessen Karriere ist gemacht. Alle Beteiligten wurden nach dem Prozess befördert.» Erwiesen ist, dass im Fall Sutjagin ein Geschworener ein ehemaliger Agent war. Die Richterin hiess erneut Komorowa.

Urteile mit Signalwirkung

Der FSB habe den Wissenschaftlern aber auch Angst machen wollen, meint Stawizkaja. Es ist die gleiche Logik wie

im Falle von Michail Chodorkowskij: Der ehemalige Öl-Milliardär wurde 2003 vom FSB verhaftet und 2005 zu einer neunjährigen Haftstrafe verdonnert. Das Urteil basierte in grossen Teilen auf der Argumentation der Anklage einschliesslich Rechtschreibfehlern. Das Signal war klar: Anderen Wirtschaftsmagnaten droht dasselbe Schicksal, wenn sie sich in die Politik einmischen. «Der Anteil der Freisprüche liegt unter einem Prozent», meint Stawizkaja, denn für einen solchen würde ein Richter von seinen Vorgesetzten gerügt.

«Anfang der 1990er-Jahre hatten wir vergessen, was der FSB ist. Seit Ende der 1990er aber zeigt er wieder seine Autorität», erklärt Stawizkaja. Hatte Jelzin Anfang der 90er den KGB zerschlagen, setzte Putin ihn als FSB wieder zusammen. Bereits 2000 unterstellte er sich den Geheimdienst direkt. Und verleihte ihm 2003 die Grenztruppen und den Kommunikationsgeheimdienst Fapsi ein, der für die Überwachung von Telefonen und Internet zuständig ist. Wie der Präsident selbst sind viele seiner engsten Vertrauten ehemalige KGB-Offiziere. Auch wenn nur 21 Prozent der Bevölkerung dem FSB vertrauen, dem Präsidenten vertrauen 54 Prozent.

Zurechtgebogene Erklärungen

Nach den Spionen, Oligarchen und Terroristen geraten jetzt auch die Menschenrechtler vermehrt ins FSB-Visier. Die Gesellschaft der russisch-tschechenischen Freundschaft des Archäologen Stanislaw Dmitriewskij in der Wolgastadt Nischnij Nowgorod schien dafür wie gemacht: «Es sollte ein Exempel statuiert werden, ohne einen grossen Skandal zu verursachen. Deshalb wurde eine kleinere Organisation in der Provinz gewählt», glaubt Dmitriewskij. 1995 war er während des ersten Tschechenien-Kriegs als Beobachter in der Krisenregion. «Das hat mein Leben verändert», sagt er. Weil er 2004 in der Zeitung seiner Organisation je eine Erklärung des tschechenischen Präsidenten Aslan Maschadow und des Vize-Premierministers Achmed Sakajew veröffentlichte, wurde 2005 gegen ihn ein Verfahren wegen «Schürens von nationalem Zwist» eröffnet. Während Sakajew in seiner Erklärung dem russischen Volk die Hand zum Frieden bot, kritisierte Maschadow das Regime von Präsident Putin scharf.

Weil sich keine Zeugen fanden, welche Dmitriewskij als Rassistin bezeichnen wollten, stützte sich das Verfahren schliesslich auf ein Gutachten, welches die veröffentlichten Erklärungen so zurechtbog, damit es für eine Verurteilung Dmitriewskijs reichte. Zwei Jahre auf Bewährung statt wie gefordert vier Jahre Lagerhaft. Die Gesellschaft der russisch-tschechenischen Freundschaft aber wurde vor kurzem verboten, weil nach dem neuen «Anti-Extremismus-Gesetz» eine Nichtregierungsorganisation nicht durch einen «Extremisten» geführt werden darf.

Russland Für den Menschenrechtler Lew Ponomarjow ist ein faschistisches Regime in Russland jederzeit möglich

«Präsident Putin regiert, wie er es als KGB-Mann gelernt hat»

Der Menschenrechtler Lew Ponomarjow äussert sich zu den Verstrickungen der Politik mit dem korrupten Justizwesen in Russland.

Interview Christian Weisflog

Herr Ponomarjow, kann man Russland heute bereits als Diktatur bezeichnen?

In Russland herrscht ein korruptes, autoritäres Polizeiregime. Das ist keine Diktatur. Eine Diktatur zeichnet sich durch eine maximale Steuerung von oben bis unten aus. Heute aber gehört die Macht den Uniformierten. Sie bauen ihre Herrschaft in den Bereichen auf, die ihnen zugänglich sind. So auch der russische Präsident, dessen eigentliche Macht kaum über den Moskauer Autobahnring hinausgeht. Sein Einfluss beschränkt sich auf die politische Klasse und den Ersten Kanal. Er ist ein schwacher Führer, ein Fernseh-Führer. Er regiert, wie er es als KGB-Mann gelernt hat, nach dem Prinzip: «Ich bin der Chef, Du bist der Idiot. Du bist der Chef, ich bin der Idiot.» Der Dialog wird nicht gesucht. Auf diese Art kann man höchstens die Sicherheitsdienste führen, aber

selbst im Ministerium für innere Angelegenheiten (MWD) gibt es keine einheitliche landesweite Führung, weil es korruptiert ist.

Wie muss man sich diese Korruption vorstellen?

Wenn der Innenminister einen undisziplinierten Polizisten in einem Moskauer Vorort entlassen will, wird ihm das nicht gelingen, weil es auf Ebene des Aussenbezirks enge Seilschaften gibt: Der korruptierte Polizist, der lokale Staatsanwalt und das örtliche Gericht machen zusammen Geschäfte. Ich würde das Vorort als Feld bezeichnen, das sich dieser Polizist angeeignet hat. Das ganze Land wurde in solche Felder aufgeteilt, in denen nicht nach Gesetzen, sondern wie bei der Mafia «nach Verabredung» gelebt wird. Die Korruption weicht die Machtstrukturen so stark auf, dass nichts mehr befohlen werden kann. Jeder macht das, was ihm nützt.

Ein konkretes Beispiel: Der Generalstaatsanwalt, Jurij Tschajka, versprach, die Ermordung der Journalistin Anna Politkowskaja aufzuklären. Kann man damit rechnen?

Tschajka nimmt sich der Untersuchungen zum Fall Politkowskaja nur persönlich an, wenn dies auch Putin tut. Tschajka ist ein Befehlsempfänger.

Und wir kennen Putins Reaktion auf diesen Mord, der Präsident fand keine menschlichen Worte. Gut möglich, dass der Mörder gefasst werden kann, die Auftraggeber jedoch nicht. Einer der Hauptgründe dafür ist erneut die Korruption. Kaum eine Institution in Russland funktioniert so schlecht wie die Staatsanwaltschaft, weil sie über allen anderen steht. Ohne sie kann gegen niemanden ein Strafverfahren eröffnet werden, und der Generalstaatsanwalt besitzt Immunität gegenüber Strafverfolgung. Nur manchmal, wenn die Interessen auf höchster Ebene nicht betroffen sind, gelingt es uns, etwas zu erreichen. Wenn der Auftrag aus dem Kreml kommt, dann können wir praktisch nichts mehr machen.

Wie zum Beispiel bei der Geiselnahme im Moskauer Musical Nord-Ost 2002.

Die politische Führung sorgte sich nicht um das Leben der Geiseln, sondern darum, ihr eigenes Gesicht zu wahren. Sie ist verantwortlich für den Tod der Geiseln und verschleppt daher die Untersuchungen. Beslan lief nach demselben Prinzip ab, dabei hätten sie aus Nord-Ost ihre Lehren ziehen können. Aber sie haben nichts gelernt.

Welche Rolle spielt denn heute Ihrer Meinung nach der Geheimdienst?

Sie beobachten die Anführer der Zivilgesellschaft. Vor drei Monaten hätte ich das noch nicht gesagt. Doch das russische Sozialforum während des G-8-Gipfels in St. Petersburg belehrte mich eines besseren. Die Aktivisten wurden in ganz Russland vor dem Treffen von Geheimdienstmitarbeitern aufgesucht: «Wir wissen, dass du nach St. Petersburg fahren willst. Wir empfehlen dir, das nicht zu tun», so ihre Botschaft. Sie kontrollierten unsere E-Mails und Telefonanrufe. Die Zivilgesellschaft wurde praktisch vorbeugend interniert. An dieser Operation waren Tausende von Leuten beteiligt. Sie bereiten sich auf einen Putsch vor.

Aber mit Putin ist doch bereits ein Geheimdienstler an der Macht.

Das mag widersprüchlich klingen. Aber der Angriff auf die gesellschaftlichen Aktivisten hat Putin geschadet. Bei der Pressekonferenz in St. Petersburg filmten uns Dutzende Kameras ausländischer Fernsehstationen. Diesen Befehl, die Aktivisten zu internieren, hat Putin nicht gegeben. Der Putsch 1991 wurde ebenfalls nicht von Gorbatschow organisiert, obwohl er enge Verbindungen zu den Putschisten hatte. So ist es auch bei Putin. Eine russische, nazistische Diktatur ist absolut realistisch, vielleicht sogar morgen.

Zur Person

Lew Ponomarjow wurde am 2. September 1941 in der westsibirischen Stadt Tomsk geboren. Zu Sowjetzeiten stand der promovierte Physiker der Dissidentenbewegung nahe und gehörte 1988 zu den Initiatoren der Menschenrechtsorganisation «Memorial». Von 1990 bis 1995 war er Abgeordneter im russischen Parlament und präsidierte die Untersuchungskommission zum Putsch von 1991. Seit 1997 ist er der Direktor der russischen Bewegung «Für das Menschenrecht» und einer der bekanntesten Bürgerrechtler Russlands. (cwe)



Lew Ponomarjow.